

Bezugspreis

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.50 Mark aufschliessl. Zustellungsgebühr. Bestellungen von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Social-Zeitungen eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Social-Zeitung' gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Saale-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Werd. A. 7spalt. 35mm dr. Kolonnenzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Kleinanzeigen die 2. mm breite Zeile 1.25 M. Anzeigen Annahmestellen vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abstellungen, soweit möglich, müssen rechtzeitig erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Braubachstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 42.

Halle, Sonnabend, den 25. Januar.

1919.

Gegen die Zerstückerung Preußens.

Die wirtschaftliche Not unseres Landes. — Gegen jede Klassenherrschaft. — General von Winterfeldt legt sein Amt in der Waffenstillstands-Kommission nieder. — Teuerungszulage für Militärhinterbliebene.

Der Montag am morgigen Sonntag ist in einer Hinsicht noch wichtiger als der erste Sonntag in der Stimmzettelwahl. Er ist wichtiger, weil für Preußen die Gefahr viel größer ist als für das Reich, daß wir zu einer sozialdemokratischen Mehrheit in der Nationalversammlung kommen. Was für das Reich verhindert worden ist, muß auch für Preußen verhindert werden. Auch in Preußen darf es keine sozialdemokratische Mehrheit geben, die das gesamte Bürgerium zum Objekt der Bekämpfung herabdrücken würde. Wir wollen gleichberechtigte Bürger nicht nur im Reich, sondern auch in den einzelnen Bundesstaaten sein.

Die süddeutschen Staaten, die bei der deutschen Nationalversammlung das Übergewicht des Bürgeriums verstärken halfen, fehlen bei der morgigen Wahl. Preußen muß den Kampf allein durchführen und das preussische Bürgerium muß den Beweis liefern, daß es auch allein der sozialistischen Mehrheit erfolgreich Widerstand zu leisten vermag. Seit den Tagen der Revolution sind wir bereits in einer Weile regiert worden, als ob

die Klassenherrschaft schon fest verankert wäre. Und wohin sind wir unter dieser Herrschaft, die keine Wertschätzung des Bürgeriums tamte, die systematisch eine Ausschaltung des Bürgeriums bis herab in die kleinste Gemeinde bezweckt, gekommen? Die Not hat einen Höhepunkt erreicht, wie er in ganzen Verlauf des Krieges unbekannt geblieben ist. Wir stehen vor der Gefahr, daß die gesamte Industrie lahmgelegt

wird. Das ist auch keine Lebensrettung, sondern das muß selbst das Zentrum der alten Sozialdemokratie eingestehen. Wie herrlich weil wir es unter der Oberleitung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten gebracht haben, geht aus einer Notiz des 'Vorwärts' hervor, in der dieser sagte:

Die Kohlenvorräte sind bereits gering, daß bei den durch die fortwährenden milden Stürme veranlaßten verminderten geringen Ablieferung von Seiten der Gruben mit einer Stilllegung des ganzen Betriebes in kurzer Zeit gerechnet werden muß. ... Durch die Mangelung des größten Teils des brauchbaren vorhandenen Materials an die Entente und durch die einmalige Arbeitsunterbrechung und -Rückgabe Arbeits-, u. n. a. u. auf vollständige Leistungsunfähigkeit herabgesetzter Produktivität der Reparaturwerkstätten ist ferner eine Aufrechterhaltung der Betriebe in Frage gestellt.

Was das nicht deutlich? Spricht das nicht für die dringende Notwendigkeit einer starken Regierung mit einheitlicher Gewalt, die alle Ressourcen — auch die der Sozialbewegung — planmäßig und einheitlich für das ganze Reich vornimmt? Daß die Sozialdemokratie allein eine solche Regierung, die eine Lebensnotwendigkeit für Reich und Stadt ist, nicht stellen kann, dürfte durch die Entwicklung hinreichend erwiesen sein.

Unter der Ueberleitung: Der Tod für unsere Industrie

folgte der sozialdemokratische 'Vorwärts' an anderer Stelle unter anderem: Es wird einem unserer Mitarbeiter an amtlicher Stelle mitgeteilt, daß die wirtschaftliche Situation sehr sehr verdrückter hat. Der direkte Mittelpunkt der ansehend sehr schnell sich entwickelnden Krise ist die Kohlennot. Trotzdem der Streik bei den rüblichen Güterwertwerten die Kohlenvorräte in Berlin etwas gelindert hat, droht doch in wenigen Tagen eine vollständige Stilllegung nicht nur dieses Betriebes, sondern auch aller anderen auf Brennstoffe angewiesenen Betriebe. Es würde daher auch zu einer Ueberbetrieblung fast der ganzen Industrie kommen. Diese Krise droht gleichmäßig in den verdrückten Gebieten Deutschlands einzutreten. Dieser Zustand würde katastrophale Folgen mit sich bringen, die in den Einzelheiten nicht zu übersehen sind.

Die Ursachen hierfür sind die zahlreichen milden Stürme und die lokalen Sozialisierungsversuche in den Bergwerken. Selbst in den Weinten Orten mit 800 Einwohnern hat man auf eigene Faust die Sozialisierung der Bergwerke verurteilt und ihre Stilllegung erzielt. Was in den Gruben gearbeitet wird, ist die Leistung eine so geringe, daß sie mit der aufgewandten Arbeitsleistung in kein Verhältnis zu bringen ist. ...

Infer ganzes Wirtschaftleben hat derartig gelitten, daß der völlige Stillstand droht. Wähler aller Schichten und Klassen! Dahin sind wir gekommen, selbst in die Herrschaft einer einzelnen Klasse haben! Soll ein solches Regiment fortgesetzt werden? Nein! Das kann nicht der Wille der Mehrheit der Wähler sein! Darum gilt es, daß das Bürgerium auch am morgigen Sonntag sich auf die eigene Kraft besime und geschlossen für die stärkste bürgerliche Partei, die Deutsche demokratische Partei eintritt.

Zu der gefährdeten Gefahr kommt eine weitere, die nicht minder groß ist. Sie betrifft die Zerstückerung Preußens.

Auch dagegen muß sich die Wählerschaft in Stadt und Land einstimmig wenden. Wir wollen nicht, wie die Deutsch-nationale Volkspartei, ein militarisirtes Preußen, sondern aus Gründen wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus ein ungeteiltes Preußen. Die Deutsche demokratische Partei wird sich mit aller Energie gegen eine neue Kleinstaaterei wenden, weil sie den ungeborenen wirtschaftlichen Schaden erkennt, der daraus entstehen müßte. Wir wollen keinen Wettbewerb in der Errichtung von Kleinstaaterei zum Schaber des ganzen Volkes wie des ganzen Reiches einzutreten lassen. Ein solcher Wettbewerb würde aber zur Freude der Entente eintreten, wenn die Gedanken des Verfallensentwurfs des Rates der Volksbeauftragten Wirklichkeit werden sollten. Das soll und das darf nicht geschehen — nicht zuletzt im Interesse der preussischen Arbeiterschaft selbst! Wer die schweren Gefahren einer Zerstückerung Preußens erkennt, der muß die stärkste Partei unterstützen, die

keine Wiederkehr der Klassenherrschaft der ostelbischen Junker!

Letzte Depeschen.

Rücktritt des General von Winterfeldt.

WTB. Berlin, 24. Jan. (Amtlich.) In der heutigen Vollziehung in Spa kündigte General von Winterfeldt an, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spa zurücktrete. Den Anlaß gab eine Mitteilung des Reichshauspost, welche von General Hubert verlesen wurde. Diese erklärte darin, daß der Wehrmachtchef von Straßburg (Wehrmacht der neutralen Zone, der die zur Führung eingezogenen auf dasjenige Gebiet östlichen Fronten umfaßt, jedoch westlich der Wehrmacht Frankfurt-Walzel) auf Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstandes binnen sechs Tagen vom 23. Januar, abends 6 Uhr, befreit werden wird. General von Winterfeldt erklärte sofort: Ich habe Herrn General Hubert bereits in einer privaten Unterredung mitgeteilt, daß ich in der Belegung dieses Brückenkopfes ein beratendes Zeichen von Wehrtruppen gegen die Arbeit der Kommission setzen würde, daß ich an dem Tage, wo ein dergleichen Befehl gegeben werden würde, um Auflösung von meinem Posten bitten werde. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetreten.

General Hubert erwiderte: Ich kenne nicht einen der Gründe, die den Marschall noch zu seiner Abnahme bestimmt haben, aber ich bin nahezu sicher, daß diese Abnahme sich in seiner Weise auf die Arbeit der Kommission gründet. Ohne den Schritt des Generals von Winterfeldt einem Urteil unterziehen zu wollen, muß ich doch sagen und zwar rein persönlich, daß ich eine solche Entscheidung bedauern würde. Es freut mich, die besten Gründe für die Abnahme, die zwischen uns geteilt haben, anzuerkennen zu können.

Teuerungszulagen für Militärhinterbliebene.

Berlin, 25. Jan. r. Vor kurzem haben die Militär-Reutenempfänger eine einmalige Teuerungszulage erhalten. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar dieses Jahres zuzulegenden gesetzlichen Versorgungsgehälter, Zuschläge zur Kriegsvorsorge, laufenden Auswendungen und laufenden Unterhaltungen statt des einfachen Monatsbetrags der anderthalbfache Monatsbetrag ausgezahlt werden wird. Zu den vorbestimmten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefväter, Stiefmütter, uneheliche Kinder n. m.), denen auf Grund der Militärversorgungsgesetze oder besonderer Versorgungsverordnungen ein laufender Bezug aus Militärfonds zusteht.

Verbanung der Hohenzollern nach Algier?

Das englische Blatt 'National News' berichtet, daß bei der Entente die Ansicht herrsche, den Kaiser und alle übrigen in ähnlichen Mitglieder der Familie Hohenzollern nach Algier zu verbannen, wo sie unter Aufsicht des 19. Armeekorps, das die Fremdenlegation umfaßt, stehen sollen.

Wir wollen keinen Wettbewerb in der Errichtung von Kleinstaaterei zum Schaber des ganzen Volkes wie des ganzen Reiches einzutreten lassen. Ein solcher Wettbewerb würde aber zur Freude der Entente eintreten, wenn die Gedanken des Verfallensentwurfs des Rates der Volksbeauftragten Wirklichkeit werden sollten. Das soll und das darf nicht geschehen — nicht zuletzt im Interesse der preussischen Arbeiterschaft selbst! Wer die schweren Gefahren einer Zerstückerung Preußens erkennt, der muß die stärkste Partei unterstützen, die

keine Wiederkehr der Klassenherrschaft der ostelbischen Junker!

Die Partei des Adels und des Großgrundbesitzes, die in dem Dreißigsthauser mit 85 Vertretern von insgesamt 148 konserverpartischen Vertretern ansetzt war, darf nicht wieder zur politischen Macht zurückkehren. Sie muß in Preußen geschlagen werden, wie sie am letzten Sonntag im Reich geschlagen wurde. Hier wie dort muß die Reaktion eine bedeutungslose Gruppe sein. Das ist im Interesse der gebildeten Entwürfungen ein dringendes Erfordernis! Wer die jahrelange schmachvolle Arbeit der Reaktion im preussischen Abgeordnetenhaus nicht vergessen hat, der muß und wird am morgigen Sonntag vor Haus zu Haus, von Familie zu Familie gehen und unermüdet die Frage stellen: Habt Ihr schon den Aufbruchtag der Deutschen demokratischen Partei gewahrt?

Eine solche Arbeit ist Dienst am Wohle des Vaterlandes, ist Dienst am eigenen Wohle und dem der Familie! Wer im preussischen Staate dem

Beizamen seine Rechte sichern will, wer an eine Wiedererrichtung des Reichswortes glaubt und danach handelt, wer die Angehörigen nicht herabdrücken, sondern heben will, der kann weder deutsch-national, noch sozialdemokratisch wählen, der muß sich zur Deutschen demokratischen Partei bekennen. Wer einen starken Bauernstand in Preußen will, wer will, daß der Bauer wirklich ein freier Mann auf freiem Boden ist und daß alle einer starken und gesunden Siedlungs-politik entgegenstehenden Hindernisse hinweggeräumt werden, der muß seine letzte Kraft am morgigen Sonntag für die Wiste der Deutschen demokratischen Partei einsetzen, die mit dem Namen Abderhalden beginnt.

Der morgige Tag wird eine Probe dafür sein, ob das Bürgerium nach einem erfolgreich beendeten Kampf wieder in die alte, so schwere Gefahren mit sich bringende Gleichgültigkeit verfallen wird. Eine solche Gleichgültigkeit würde den Ruin unseres Vaterlandes bedeuten. Darum: Augen auf! Achtet der großen Gefahr! Denkt daran, daß die Massen der Sozialdemokratie auch am zweiten Tage des großen Stimmzettel-Kampfes ihre politische Pflicht erfüllen werden. Gifert ihnen nach und holt vor allen Dingen die Retter heran, die sich nicht aus sozialdemokratischen Wählern zusammensetzen, sondern aus bürgerlichen Stämmen. Sie müssen morgen die Entscheidung bringen in dem Kampfe, der uns Ganze geht! Werbet und arbeitet noch in den letzten Stunden, damit unserm Lande die große Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit ferngehalten bleibt. Gifert! Wählert! alle Männer und Frauen in Stadt und Land muß zu neuen Entschlüssen der Reaktion und der Sozialdemokratie und zu neuen

Siegen der Deutschen demokratischen Partei

Witruu. Carl Selma

Alles für Riste Abderhalden!

Familien-Nachricht.

Die Beerdigung des **Herrn Fritz Hase** findet Montag nachm. 2 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt. A 281
Logo zu den 3 Degen.

Heute früh 10 Uhr verschied unerwartet mein innigstgeliebter Mann, unser treu-ergerender Vater und Bruder, der vereid. Bücherrevisor **Fritz Hase**

im 71. Lebensjahre
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Martha Hase geb. Hetzer.
Halle a. S., den 24. Januar 1919
Die Beerdigung findet Montag nachm. 2 Uhr von der Kapelle des Nordfriedhofes aus statt. Beileidsbesuche dankend abgelehnt. Gültigst zugezogene Kranzspenden bitte Beerdigungsanstalt Frieden, Fleischersstraße 11, abzugeben. A 281 5

Statt jeder besonderen Anzeige.
Heute einschliefe sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treu-ergerender Vater,
Carl Rehorst,
Beigeordneter der Stadt Cöln,
im 53. Lebensjahre,
2. Tim. 4, 7—8.
In tiefem Schmerz
Else Rehorst geb. Siemens,
Joachim Rehorst,
Ulrich Rehorst.
Cöln, den 22. Januar 1919.
Die Ueberführung vom Sterbepause Volksgartensstr. 16 zum Bahnhofs erfolgt Freitag, den 24. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr. Die Beisetzung findet in Wiesbaden statt. A 348

Statt Karten!
Heute vormittag 11/10 Uhr verschied nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann und treu-ergerender Vater, der Postsekretär **Friedrich Schröder**
im 54. Lebensjahre
Halle a. S., Gelsenstr. 29, den 25. Januar 1919.
Hulda Schröder geb. Fritsche,
Hans Schröder.
Die Beerdigung findet am Dienstag 2 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt. A 281 5

Adernverkalkung, Schwindelanfälle,
Herzbeschleunigungen, Argis und Schwächezustände.
Verlangen die besten und ausführlichen Broschüre. A 03511
Dr. Gebhardt & Cie., Berlin W. 35, Potsdamer Str. 104 a.

Herren-Hemden und Hosen,
Hemden und Hosen,
Konfirmationshosen (ein Papier)
im Partierwarengeschäft **S. Bilezky,**
Leipziger Straße 103, I. Et.

Richard Hunger,
Geigenbauermeister
Kunstanstalt für Geigenbau u. Reparatur,
Instrumenten- u. Saitenhandlung,
Halle a. S., Gelststrasse 59/60, I. A 161
Gerrindel 1898. Fernruf 1524.

Umpresshüte
aller Art, wie Tegal, Litz, Stroh, werden nach neuesten Formen sauber und schnell umgepresst. Auch werden Seiden- u. Lieberungshüte schnell umgepresst.
Reichhaltige Auswahl in Linonformen und Garnierungen. Velourhüte, erste Qualität, schwarz und farbig.
Jetzt nur Mark 60.—
Heria Böhme,
Tel. 2816. Gr. Berlin 1, pt. Kein Laden.

Halte dich warm!
und trage: V 590/5
Leibwärmer,
Kniewärmer,
Brustwärmer,
Hüftenwärmer,
Fußwärmer,
Rückenwärmer,
Drehwärmer.
Zu haben bei
Julius Bacher,
Halle, Leipziger Str. 102.

Sendet adwaschbare **Spielkarten**
ins Lazerett,
1 Spiel M. 1.85
12 Spiele 20.00
Trotz des Mangels in die dem Artikel gebe ich auch große Mengen ab, so lange der Vorrat reicht.
Dauerwäs. be-Vertrieb
Kl. Berlin 2 1 Treppe rechts Ecke Steinstr.

Spezial-Druckerei
braunes
Concettier
Ermäßigter, Blätter,
Schwarz- u. Blau-Druck,
Mittelpunkt, Seiten von
S. H. Schönbach,
Schmiedstr. 1

Gebr. Bethmann
Werkstätten
für Wohnungskunst.
Halle a. d. S.,
Gr. Steinstraße 79-80.
Kunstgewerbe
Stoffe, Teppiche, Gardinen
V 225

Deutsche demokratische Partei.

Unsere Kandidaten für die Wahl zur
Preussischen Landesversammlung
am 26. Januar.

Sind:

1. **Abderhalden**, Dr. Emil, Geh. Med.-Rat Professor in Halle.
2. **Degenhardt**, Herr am Vo tschullehrer in Crjut.
3. **Höfer**, Mar. Güterverwalter in Heis.
4. **Hebeling**, Wilhelm Chefredakteur in Nordhausen.
5. **Schreiber**, Dr. Walter Rechtsanwalt in Halle.
6. **Janemeyer**, Dr. Paul, I. Bürgermeister in Euhl.
7. **Kirch**, Karl, Landwirt in Großjenaottern.
8. **Schulze**, Paul, Steuersekretär in Sangerhausen.
9. **Georg**, Karl, Kaufmann in Halle.
10. **Ortmann**, Dr. Konrad, Student in Torgau.
11. **Pose**, Wilhelm, Schlosser in Crjut.
12. **Schildhauer**, Friedrich, Gärtner in Wittenberg.
13. **Wittkott**, Frz. Gertrud, Handlungsgehilfin in Crjut.
14. **Helms**, Karl, Schreileiter in Halle.
15. **Hinsel**, W. bin, Landwirt in Nemesdorf.
16. **Vollage**, Gerhard, Werkmeister in Torgau.
17. **Schaarschmidt**, Erwin, D. erpochschaffner in Halle.
18. **Müller**, Franz, Lehrer a. D. in Mühlberg a. Elbe.
19. **Fricke**, August, Malermeister in Passendorf.

Wähler und Wählerinnen! Seht Euch die Stimmzettel genau an. Die Stimmzettel der Deutschen demokratischen Partei, die am 19. Januar mit dem Namen **Helms** anfangen, beginnen jetzt mit dem Namen

Dr. Abderhalden.

6001 Fr. Rein 6001

Feinpreter: Inh. Georg u. Erich Rein Feinpreter:
Halle a. S., Glanghaer Str. 77
Rohprodukte, Metalle, Alteisen.

13. Wahlkreis Merseburg-Erfurt.

Der deutsche Bürger- und Bauernbund
(Deutsche Volkspartei),
Der deutsche Bauernwahlverein,
Die deutsche Beamten-, Angestellten- und Mittelstandspartei
wählen am 26. Januar zur preussischen Landesversammlung

1. **Theodor Eberl**, Dr. Oberrealienlehrer, Eisleben.
2. **Karl Heyold**, Rechnungsrat, Rentamtssekretär, Merseburg.
3. **Karl Wicemann**, Bauer, Burgwerben.
4. **Heinrich Gerlich**, Dr. phil. et rer. pol., Geschäftsführer des Zentralverbandes der Gemischtgewerblichen Industriellen, Ober- u. Niederherrschaft, Halle, Berlin.
5. **Donald Stieker**, Bürgermeister, Eisleben.
6. **Otto Rohde**, Bauer, I. Vorsitzender des deutschen Bauernwahlvereins, Schillingstedt.
7. **Theodor Wenzlich**, Kaufmann, Halle.
8. **Edward Schmidt**, Rektor der Mittelschule, Merseburg.
9. **Walter Viehse**, Herr, Könnigsdorf (Hart).
10. **Johannes Heiler**, Generalkommunikationssekretär, Merseburg.
11. **Reinhold Kell**, Dr. Wirtschaftsprüfer, Eisleben.
12. **Paul Hedert**, Frau Elisabeth Dr. Merseburg.
13. **Alwin Knecht**, Konditor, Eisleben.
14. **Hubert Weidenreich**, Syndikusangehülfe, Halle.
15. **Paul Senfenth**, Dr. Student, Bitterfeld.

Bürger und Bauern schaut nicht nach rechts und nach links wählt diese Vertreter, die aus Euren Reihen kommen! In ihre Hände legt Euer und des Landes Wohlstand! Bürger- und Bauernfräule verjüngt nicht, Eure Stimme abzugeben! Rein Bürger- und Bauer darf bei der Wahl fehlen!

Auf jede Stimme kommt es an!

Das Vaterland in Not!

Dieser Ruf brach 1914 alle Parteischanken. Es gab nur noch ein Volk von Brüdern und Schwestern, ein gewaltiger Wille herrschte, das Vaterland innen und außen zu schützen.

Noch viel eindringlicher hallt der Schrei des bedrängten Vaterlandes in diesem Augenblick durch die Fluren des niedergebroschenen Deutschland. Nie war ein einziger Wille zum Wiederaufbau alles dessen, was geschädigt und zerstört ist, notwendiger als gerade jetzt. So wenig 1914 die einzelnen Parteien ihr Programm zunichte machten, so wenig kann jetzt verlangt werden, daß das gesamte Volk einer einzigen Meinung ist. Jeder Fortschritt ist mit Kampf verknüpft.

Die Deutschdemokraten folgten in hellen Scharen dem Rufschrei des Vaterlandes. Sie sind sich der großen Verantwortung, die sie übernommen haben, wohl bewußt. Ihr Schuld ist rein, ihre Ziele sind klar. Sie bauen sich auf den gegebenen Verhältnissen auf. Ihr Bestreben ist, dem gesamten Volke, ohne Unterschied des Standes und des Berufes ein möglichst allseitiges Dasein zu schaffen. Ein freies Volk mit höchstem Verantwortungsgesühl, größter Pflichttreue und mit gleichen Rechten von Mann und Frau, soll einer Zukunft entgegengeführt werden, die Deutschland stark werden läßt.

In dieser ungeheuer schweren Zeit, in der alle Kräfte vom äußersten Linken zum äußersten rechten Flügel zusammengerafft werden sollten, um die unerträglichen Verhältnisse der Jetztzeit zu beseitigen und Deutschland auch dem Ausland gegenüber wieder stark zu machen, hat die deutschnationale Volkspartei es zu ihrer Hauptaufgabe gemacht, die Deutsche demokratische Partei in der unerhörtesten, unerechtesten und unwahrsten Weise zu bekämpfen. Sie erklärt, daß nur die Angehörigen ihrer Partei national gesinnt seien. Es ist dies eine Beleidigung für das gesamte deutsche Volk. Nur ein kleiner Bruchteil des großen deutschen Volkes hat sich der deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Würde diese Partei herrschen, dann hätten wir morgen wieder dieselben Zustände, wie vor der Revolution. Mit aller Macht würde zu einem neuen Kriege gerüstet. Niemals würde Deutschland zur Ruhe kommen. Es würde der vollständigen Vernichtung preisgegeben. Das Volk würde seine Rechte wieder verlieren.

Die deutschnationale Volkspartei hat durch die Behauptung, der Boleneinfall im Osten sei Schuld der Deutschdemokraten alles bisher von ihr Geleitete weit übertroffen. Dieser ungeheuerliche Vorwurf braucht kaum zurückgewiesen zu werden, denn der gesunde Menschenverstand aller Volksgenossen und Volksgenossinnen vermag ihn in seiner außerordentlichen Niedrigkeit zu erkennen. Durch ihn sollen weite Kreise von den Deutschdemokraten abgeschreckt werden. Es wäre leicht, den scharfen Beweis zu führen, daß nicht die Deutschdemokraten die Schuld an den jetzt herrschenden Zuständen tragen, sondern im wesentlichen jene Kreise, die sich in der deutschnationalen Volkspartei zusammengelunden haben. In den außerordentlich schweren Härten der Waffenstillstandsbedingungen und den sicherlich schweren Friedensbedingungen spiegeln sich alle jene Forderungen wieder, die von den Alldeutschen, der Vaterlandspartei und dem Bund der Kaisertruppen erhoben worden sind. Die Deutschdemokraten halten es für verächtlich, in der jetzigen Zeit der großen Not des gesamten Vaterlandes die Frage der Schuld an Kriege und seinem Ausgang in den Wahlkampf hineinzutragen. Die Deutschdemokraten wissen ganz genau, daß Gerechtigkeit und Wahrheit siegen werden. Es wird sich ganz von selber ergeben, auf welcher Seite die größte Schuld liegt.

Die deutsche demokratische Partei protestiert mit aller Energie gegen die unerhörte Kampfesweise der deutschnationalen Volkspartei. Durch sie wird das Volk statt geeint, zerrissen. Die deutschnationale Volkspartei trägt die Schuld daran, daß ein gemeinsames Arbeiten am Wiederaufbau des neuen Vaterlandes unmöglich geworden ist. Sie hat das Gift der Zwietracht selbst in die Familien hineingetragen. Sie hat versucht, einen großen Bürgerblock gegen die gesamte Arbeiterschaft zu bilden. In diesem Falle wären die Deutschdemokraten nach Ansicht der Deutschnationalen national gesinnt gewesen! Die Verewigung der Klassengegensätze, die Entfaltung des Bürgerkrieges — das wären die Folgen dieser „nationalen“ Gesinnung gewesen. Die vornehmste Aufgabe der deutschen demokratischen Partei ist der Ausgleich und Annäherung vorhandener Klassengegensätze. Sie will dem Arbeiter ebenso dienen wie allen übrigen Schichten der Bevölkerung. Für sie ist jeder Bürger und jede Bürgerin, die arbeitet, ein Arbeiter und eine Arbeiterin.

Alle diejenigen, die die deutschnationale Volkspartei unterstützen, tragen mit Schuld daran, wenn in Deutschland Verhältnisse geschaffen werden, die mit einer ruhigen Entwicklung unverträglich sind. Keine andere Partei hat in so niedriger Art, wie die deutschnationale Volkspartei den Wahlkampf geführt. Wer in sich die Kraft hat, wirkliche Arbeit zu leisten, der hat es nicht nötig, mit solchen verwerflichen Mitteln andere Gesinnten die Bahn verbauen zu wollen.

Der wahre Grund der schweren Angriffe der deutschnationalen Volkspartei liegt daran, daß sie ein Programm aufgestellt hat, das ihr vollkommen fremd ist.

Sie vertritt Programmpunkte, die mit ihrem eigentlichen Willen in schärfsten Widerspruch stehen. Darum, weil sie kein festgesetztes Programm aufweist, das ihrer tiefinnersten Überzeugung entspricht, besitzt sie keine Stosskraft und dessen ist sie sich wohl bewußt. Daraus erklärt sich, daß sie ihre Partei dadurch zu stärken sucht, daß sie die deutsche demokratische Partei mit Schmutz bewirft. Die deutsche demokratische Partei steht jedoch viel zu hoch, als daß sie durch solche Mittel geschädigt werden könnte. Die abgelandten Pfeile prallen auf den Absender zurück.

Möge der 26. Januar von neuem zeigen, daß das Volk Vertrauen zur Deutschen demokratischen Partei hat und möge die deutschnationale Volkspartei an diesem Tage eine Lehre empfangen und vor allem daraus die richtigen Folgerungen ziehen.

**Männer und Frauen
wählt die Liste**

Abderhalden!